

## TRANSPARENZ DER STAATLICHEN ENTSCHEIDUNGSPROZESSE

Um das Vertrauen in Regierung und Verwaltung zu bewahren, muss sichergestellt werden, dass die staatlichen Entscheidungsprozesse nicht durch Interessenkonflikte kompromittiert werden. Transparenz ist deshalb von entscheidender Bedeutung, um Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen und das Vertrauen in öffentliche Institutionen zu bewahren. Sie führt durch die Reduzierung des Betrugsrisikos, der Korruption und der Misswirtschaft im Bereich öffentlicher Mittel zu besseren politischen Ergebnissen und trägt dazu bei, gleiche

Rahmenbedingungen für die wirtschaftlichen Aktivitäten zu schaffen.

### Definition

Gesetze über den Informationszugang (Informationsfreiheitsgesetze – IFG) gewähren und regulieren das Recht des Einzelnen, auf Informationen in staatlichen Stellen zuzugreifen. Die proaktive Bereitstellung von Informationen („affirmative publication“) stellt sicher, dass Personen, die sich informieren möchten, direkten Zugang zu öffentlichen Informationen erhalten und die Kosten eines Antrags oder Verwaltungsverfahrens vermeiden. Durch die proaktive Bereitstellung von Informationen können öffentliche Einrichtungen den Aufwand reduzieren, der sich aus der Bearbeitung von Anträgen auf Informationszugang ergibt. In einigen Fällen sind die staatlichen Stellen gesetzlich verpflichtet (durch Gesetze über die Informationsfreiheit oder sonstige Gesetze) bestimmte Arten von Informationen proaktiv bereitzustellen.

### Vergleichbarkeit

Die Daten wurden im Rahmen der OECD-Erhebung Open Government Survey von 2010 erfasst. Diese Erhebung konzentrierte sich auf die Erfassung von Daten über den Umfang und die Umsetzung der Gesetze über die Informationsfreiheit (oder den Informationszugang) auf der Ebene der Zentralregierung. In der Erhebung wurde unter anderem untersucht, in welchem Umfang Informationen proaktiv verbreitet werden und elektronisch verfügbar sind. Im Rahmen der Erhebung wurden Beamte der Zentralregierungen befragt, die für die Umsetzung von Open-Government-Initiativen zuständig sind. An der Erhebung beteiligten sich 32 OECD-Länder sowie Brasilien und die Russische Föderation. Für Deutschland und Griechenland liegen keine Daten vor, obwohl es in diesen Ländern Rechtsvorschriften zur Informationsfreiheit gibt. In Luxemburg und Brasilien werden zurzeit Gesetze über den Informationszugang erarbeitet. In Österreich sind die Informationsfreiheitsverfahren im allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz zu veröffentlichen.

### Überblick

Alle OECD-Länder stellen proaktiv öffentliche Informationen bereit, und in 72% dieser Länder ist bei bestimmten Informationskategorien eine proaktive Veröffentlichung gesetzlich vorgeschrieben. Die Art der proaktiv offengelegten Informationen unterscheidet sich im Ländervergleich. Die meisten Länder veröffentlichen proaktiv Haushaltsdokumente (94%), jährliche Ministeriumsberichte (84%) und Prüfungsberichte (72%), die Zahl der Länder, die proaktiv Listen über Staatsbedienstete und ihre Gehälter veröffentlichen, ist jedoch geringer (28%). Chile, Estland und Israel veröffentlichen Informationen über die Gehälter aller Staatsbediensteten, wohingegen Ungarn, Italien, Mexiko, die Niederlande, die Türkei und das Vereinigte Königreich Gehaltsinformationen über bestimmte Staatsbedienstete, wie z.B. Führungskräfte der obersten Besoldungsgruppen, veröffentlichen.

Die Umsetzung des Prinzips der proaktiven Bereitstellung von Informationen wird durch den Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) erleichtert. Etwa 81% der OECD-Länder verbreiten proaktiv Informationen über ein zentrales Internet-Portal. Ferner bieten IKT die Möglichkeit, über die Wiederverwendung der von staatlichen Stellen bereitgestellten Informationen (wie z.B. geo-räumliche Daten) neue Mehrwertdienste zu schaffen. Etwa 63% der OECD-Länder veröffentlichen Verwaltungsdatensätze, und in den meisten Ländern gibt es gesetzliche Vorschriften oder Grundsätze, denen zufolge elektronische Informationen in Formaten zu veröffentlichen sind, die eine Wiederverwendung und Bearbeitung der Informationen ermöglichen (z.B. offene Formate). Länder wie Australien, Neuseeland, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten bieten über eine zentrale Website (z.B. *data.gov*) Zugang zu öffentlichen Daten in einem wiederverwendbaren Format, und andere Länder (wie z.B. Chile und Spanien) haben Schritte in diese Richtung unternommen.

Gesetze zur Informationsfreiheit – auch bekannt als Gesetze über den Informationszugang – ermöglichen der Öffentlichkeit den Zugang zu Informationen, die die staatlichen Stellen nicht proaktiv bereitstellen. Diese Gesetze tragen dazu bei, die Transparenz zu stärken, die Rechenschaftspflicht der staatlichen Verwaltung zu erhöhen und eine sachkundige Partizipation an der Politikgestaltung zu fördern. In allen OECD-Mitgliedsländern mit Ausnahme Luxemburgs gibt es heute Gesetzesbestimmungen über die Informationsfreiheit, die zumindest den Handlungsbereich der Zentralregierung abdecken. Auf Grund der unterschiedlichen Institutions- und Rechtssysteme in den einzelnen Ländern werden von diesen Gesetzen jedoch nicht immer die gleichen Institutionen erfasst. In etwa der Hälfte der OECD-Länder erfassen die Gesetze alle Zweige des Zentralstaats (Legislative, Judikative und Exekutive), und in den meisten Ländern sind alle Exekutivorgane des Zentralstaats (d.h. Ministerien/Fachbereiche und Durchführungorganisationen) Gegenstand der Gesetzesbestimmungen über Informationsfreiheit. Private Einrichtungen, die öffentliche Mittel verwalten, namentlich diejenigen, die im Auftrag der Regierung Dienstleistungen für die Bürger erbringen, sind in mehr als der Hälfte der Mitgliedstaaten Gegenstand von Gesetzen zur Informationsfreiheit.

### Quelle

- OECD (2011), *Government at a Glance*, OECD Publishing.

### Weitere Informationen

#### Analysen

- OECD (2011), *The Call for Innovative and Open Government: An Overview of Country Initiatives*, OECD Publishing.
- OECD (2009), *Focus on Citizens: Public Engagement for Better Policies and Services*, OECD Studies on Public Engagement, OECD Publishing.
- OECD (2005), “Public Sector Modernisation: Open Government”, Policy Brief, OECD Publishing.
- OECD (2003), *Open Government: Fostering Dialogue with Civil Society*, OECD Publishing.

#### Websites

- Public Engagement, [www.oecd.org/gov/publicengagement](http://www.oecd.org/gov/publicengagement).
- Fighting Corruption in the Public Sector, [www.oecd.org/gov/ethics](http://www.oecd.org/gov/ethics).
- Government at a Glance (ergänzendes Material), [www.oecd.org/gov/indicators/govatat glance](http://www.oecd.org/gov/indicators/govatat glance).



TRANSPARENZ DER STAATLICHEN ENTSCHEIDUNGSPROZESSE

Proaktive Bereitstellung von Informationen durch die Zentralregierung

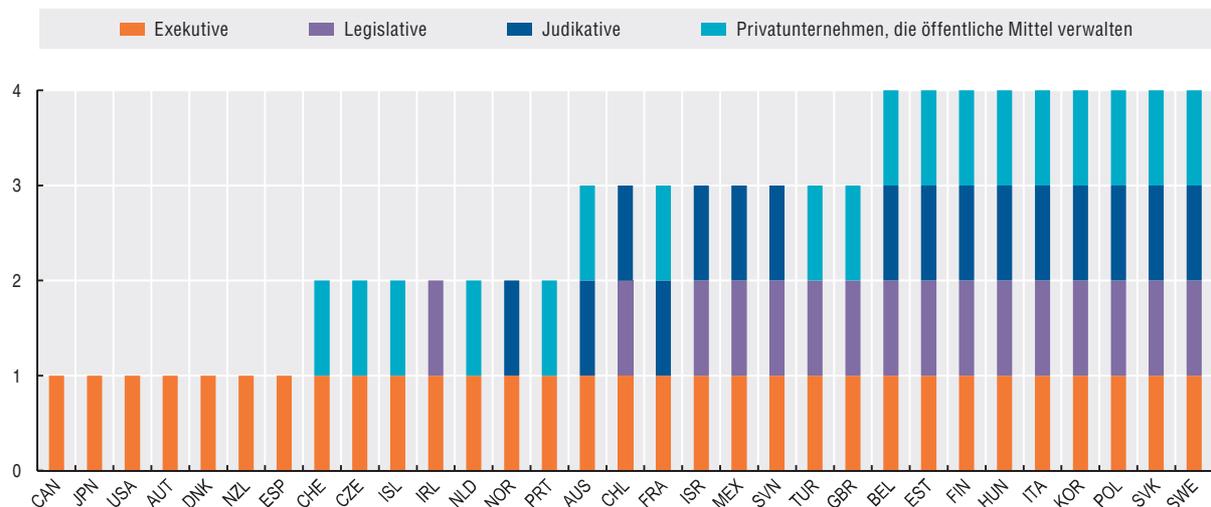
2010

	Haushaltsdokumente	Jährliche Ministeriumsberichte, einschließlich Rechnungslegung	Prüfungsberichte	Alle Berichte über die Regierungspolitik	Geschäftsverträge über einem festgelegten Mindestwert	Liste der Staatsbediensteten und ihrer Gehälter	Verwaltungsdatensätze	Informationen über die Aufzeichnungssysteme sowie ihren Inhalt und ihre Verwendung	Informationen über interne Verfahren, Anweisungen und Leitlinien	Beschreibung der Struktur und Aufgabengebiete der staatlichen Institutionen	Jahresbericht zur Anwendung des Gesetzes über Informationsfreiheit	Informationen über die Verfahren zur Umsetzung der Informationsfreiheit
Australien	⊙	●	⊙	○	⊙	○	⊙	●	●	●	⊙	●
Belgien	⊙	○	○	⊙	○	○	⊙	○	○	●	⊙	⊙
Chile	●	⊙	●	○	●	●	○	○	○	●	⊙	⊙
Dänemark	⊙	⊙	⊙	⊙	○	○	⊙	⊙	⊙	⊙	○	○
Estland	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●	●
Finnland	●	●	●	●	●	○	●	●	⊙	○	○	●
Frankreich	●	●	○	⊙	○	○	○	○	○	●	●	●
Irland	○	⊙	○	○	⊙	○	○	⊙	⊙	●	●	⊙
Island	⊙	⊙	⊙	⊙	○	⊙	○	○	⊙	⊙	⊙	⊙
Israel	●	●	⊙	○	○	⊙	○	⊙	●	●	●	●
Italien	●	●	●	●	●	●	⊙	⊙	⊙	●	●	●
Japan	⊙	○	⊙	○	⊙	○	○	○	○	○	⊙	⊙
Kanada	●	●	●	○	●	○	⊙	●	●	●	●	⊙
Korea	●	●	●	●	●	○	●	●	●	●	●	●
Luxemburg	⊙	⊙	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○
Mexiko	●	●	●	●	●	●	○	●	●	●	●	○
Neuseeland	●	●	○	○	●	○	⊙	○	○	○	●	●
Niederlande	⊙	⊙	⊙	⊙	○	⊙	⊙	○	⊙	⊙	⊙	⊙
Norwegen	⊙	○	○	⊙	○	○	○	⊙	⊙	⊙	○	⊙
Österreich	⊙	○	⊙	○	○	○	○	○	⊙	○	○	⊙
Polen	○	●	○	○	○	○	●	○	○	●	○	●
Portugal	●	●	●	⊙	●	○	○	●	●	●	●	○
Schweden	⊙	⊙	⊙	⊙	○	○	⊙	○	○	○	○	⊙
Schweiz	⊙	⊙	⊙	○	○	○	○	○	⊙	⊙	⊙	⊙
Slowak. Rep.	●	○	○	●	○	○	⊙	⊙	⊙	●	○	●
Slowenien	●	●	●	●	○	○	●	●	●	●	●	●
Spanien	●	●	●	○	●	○	⊙	⊙	●	●	○	○
Tschech. Rep.	●	●	○	○	○	○	○	○	●	●	●	●
Türkei	●	●	●	⊙	○	●	○	○	○	●	●	●
Ungarn	●	●	●	●	●	○	●	●	●	●	●	●
Ver. Königreich	⊙	⊙	⊙	○	⊙	⊙	⊙	⊙	○	⊙	●	●
Ver. Staaten	⊙	⊙	⊙	⊙	⊙	○	⊙	●	●	●	●	●
<b>OECD insgesamt</b>												
● Proaktive Veröffentlichung vorgeschrieben gemäß IFG	17	17	12	8	11	5	6	11	12	19	16	16
⊙ Gemäß IFG nicht vorgeschrieben, aber regelmäßig veröffentlicht	13	10	11	10	5	4	15	11	10	11	7	12
○ Weder vorgeschrieben noch regelmäßig veröffentlicht	2	5	9	14	16	23	11	10	10	2	9	4
Brasilien	⊙	⊙	⊙	⊙	○	○	⊙	⊙	⊙	⊙	○	○
Russ. Föderation	●	○	○	●	○	●	●	●	●	○	●	●

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932507065>

Umfang der für die Zentralregierung geltenden Gesetze zur Informationsfreiheit

2010



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932507084>

